

Vorwort

10 Jahre Privatisierung der Deutschen Bundespost

von Franz Tremel

Vor zehn Jahren wurden die Nachfolgeunternehmen der früheren Deutschen Bundespost (DBP) als Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und Deutsche Telekom AG in das Handelsregister eingetragen. Dieser bisher umfangreichsten Enteignung staatlicher Einrichtungen ging ein beispielloser jahrelanger Kampf gegen die Zerschlagung (Postreform I) und die Privatisierung (Postreform II) der DBP voraus. Der gewerkschaftliche Widerstand hat die verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag – eine große Privatisierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und SPD – nicht verhindern können.

Das bundesweite Engagement der Mitglieder der früheren Deutschen Postgewerkschaft (DPG) hat sich trotzdem gelohnt. Die bis dahin durchgesetzten Standards in den Arbeits- und Einkommensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten der DBP konnten mit Unterstützung eines parallel zu den politisch-parlamentarischen Verhandlungen durchgeführten Arbeitskampfes bis zum Abschluss neuer Tarifverträge und anderer gesetzlichen Regelungen gesichert werden.

Die von der DPG befürchteten Folgen für die Beschäftigten und Verbraucher traten noch schneller und nachhaltiger ein als erwartet. Durch Personalabbau, rigorose Rationalisierungen, steigende Arbeitshetze sowie Dienstleistungen mit ausschließlicher Orientierung auf Gewinnmaximierung wurden finanzielle Ressourcen erzielt und zur imperialen Expansion eingesetzt.

Es ist davon auszugehen, dass im Rahmen der Fortsetzung neoliberaler Politik, die auf eine Kommerzialisierung aller Lebensbereiche ab-

zielt, die Privatisierungen fortgesetzt werden. Es ist deshalb verdienstvoll, die Erfahrungen und die Folgen, die bei der Privatisierung der DBP und danach für Beschäftigte und Verbraucherinnen und Verbraucher gewonnen wurden, aufzuarbeiten, um gewerkschaftspolitische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ich hoffe, dass mein Optimismus nicht unberechtigt ist, wenn ich davon ausgehe, dass diese Erkenntnisse der letzten zehn Jahre dazu beitragen werden, dass die weiterhin stattfindende Enteignung öffentlicher Einrichtungen durch Überführung in den kapitalistischen Kapitalverwertungsprozess Betroffenheit nicht nur bei den jeweils direkt davon berührten Beschäftigten, sondern bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auslöst und entsprechende Aktivitäten fördert. Ohne öffentliche Einrichtungen und damit ohne staatliche Eingriffe in die private Wirtschaft ist der Sozialstaat nicht zu erhalten. Die Philosophie, wonach der Markt alles richte, hat sich als Ideologie mit höchst negativen Folgen für die "normalen" Bürgerinnen und Bürger erwiesen.

Ich beglückwünsche das isw zur Herausgabe dieser Broschüre und wünsche ihr innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften aufmerksame Leserinnen und Leser.

Franz Tremel
Stellvertretender Vorsitzender
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Ehemaliges Mitglied im Geschäftsführenden
Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft